

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. (Post-Zig.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin Viktorl.-St. 25. Verlag: Otto Müller, Berlin N. 20. Telefon: Amt III, 5246. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schöneberg. Redaktionschluss: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Pettizelle oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verlagskreuzigen 15 Pf. pro Zeile. Befragen nach Ueberholungskunst.

Bekanntmachungen.

Zur Auskunftserteilung.

Bei jedem Stellungwechsel, auch nach dem Ausland, sind nach § 29, Abs. 2 des Statuts **vorher** Erkundigungen einzuziehen, sonst keine Unterstützung. Zu diesem Zwecke ist eine **vorge-druckte Fragekarte zu benutzen**, die von den Mitgliedschaftsvorständen zu beziehen ist. Die Auskunftserteiler sind angewiesen, nur solchen Kollegen Antwort zu geben, die diese Fragekarte verwendet haben.

Die Auskunftserteiler haben diese Anfragen mit den Auskunfts-karten **sofort** zu beantworten. Die Auskunfts-karte dient nur zur Auskunft und darf an andere nicht weitergegeben werden.

Die Unterstützungs-Auszahlung haben **allestatutarischen Unterstützungen**, gleichviel welcher Art, sofort in das Mitgliedsbuch einzutragen und ohne Vorlegung eines solchen sowie der Auskunfts- und der Reisekarte usw. keine Unterstützungen auszahlend.

Es wird dringend darauf aufmerksam gemacht, daß die Auszahlung von

Unterstützungen, Auskunfts-Erteilung, Arbeitsvermittlung usw. nur während der im Adressen-Verzeichnis angegebenen Zeit durch die dort verzeichneten Kollegen erfolgen darf. **Alles Aufsuchen der betreffenden Verwaltungsmitglieder in den Geschäften ist unbedingt zu unterlassen.**

Der Hauptvorstand.

Gesperrt.

Stellungannahme in allen folgenden Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

In Deutschland:

Altona-Ottensen. In der Firma Langebartels & Jürgens sind Differenzen ausgebrochen. Erkundigungen sind bei der Ortsverwaltung in Hamburg einzuholen.

Berlin. Der gegnerische Arbeitnachweis bei S. Herrmann.

Berlin. Angerer (Kupierdr.); Tapeten-Fabrik Liepmann (Formst.).

Beuel a. Rh. Engelhard & Schlew, Kommandit-Gesellschaft (Tapetendr.).

Chemnitz. A. Jüllich; Köhler & Richter (Chemigr.).

Crossen a. Mulde. C. F. Leonhardt, Steindruckerei.

Dresden. Mittelbach; C. Schemmel; Stengel & Co. (Chem.).

Erfurt. Ohlentrot'sche Buchdruckerei, Inh. Georg Richters (Chemigr.).

Frankfurt a. M. Heß & Janke.

Hamburg. Nelles & Co. (Chemigr.).

Köln a. Rh. Fiammersheim & Steinmann (Formst. u. Tapetendr.).

Kötzschenbroda bei Dresden R. Mittelbach, Kunstanstalt Globus

Leipzig. F. A. Brockhaus; Mejo & Springer; C. Wittstock (Chemigr.).

Selb i. B. Hutschenreuther.

Stuttgart. Gebr. Kober (Chemigr.).

Im Ausland:

Belgien. Bréges: La Lithographie Artistique, Desecleé De Brouwer Cit

Dänemark. Kopenhagen: Nordiske Notenstecherei Angström (Steindr.).

Italien. Mailand: Sampierdarena; Lucca.

Oesterreich. Mähren, Schlesien, Lemberg.

Altrohlaue b. Karlsbad: Sämtliche keramischen Betriebe.

Bodenbach i. Böhm.: Julius v. Orabes Nachf. Otto Zucker, Blechemballagen-Fabrik. (Lithogr., Steindr. und Hilfspersonal).

Oraz. »Austria«, Inh. Jos. Agath.

Krakau. Prusecynski.

Wien: Die K. u. K. Hof- u. Staatsdruckerei (sämtliche Berufe).

Schweiz. Für Chemigraphen wegen Durchführung des Tarifs.

Basel: Manissadjian & Co.; Wtw. Hindermann, lith. Anstalt.

Spanien. Madrid: Julien Palacios.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Von der Frankfurter Unterstützungsvereinigung. Rundschau. Politische Monatsschau. Die Weltausstellung in Brüssel, IV (Schluß). Die Beschlagnahme des Arbeitslohnes. Briefkasten der Redaktion. — **Allgemeines:** Die Krankheiten im Lithographie- und Steindruckgewerbe. Zur Generalversammlung: XXIII, XXIV, XXV, XXVI. Die Ferienfrage und die Unternehmer. Ortsberichte: Lahr, Meißen, Saalfeld. — **Der Lithograph:** Die Akzidenzlitographie, III. — **Der Steindrucker:** Amerikanische Verhältnisse in Deutschland? Brief aus Chemnitz. — **Die photomech. Fächer:** Aus den Sektionen: Dresden (Lichtdr.). — **Anzeigen:** Beilage: Abrechnung vom I. Quartal 1910. Eingegangene Gelder. — **Feuilleton:** Die Bakterien und ihre Rolle im täglichen Leben. Eingänge.

Von der Frankfurter Unterstützungsvereinigung.

Vor einiger Zeit erschien No. 12 der *Mitteilungen* des »Unterstützungsvereins Senefelder« in Frankfurt a. M., in der der Bericht des Hauptvorstandes dieser Quertreiberorganisation über das 4. Quartal 1909 und über das ganze verfloßene Jahr enthalten ist. Da er interessante Einblicke in die Entwicklung der gelben Bewegung in unserem Gewerbe zuläßt, verdient er eine eingehendere Beleuchtung.

Beachtenswert sind in erster Linie die Angaben über die Mitgliederbewegung; sie sind der zuverlässigste Gradmesser für die Entwicklung des gelben Gebildes in unserem Beruf. Im »Rechenschaftsbericht des Hauptvorstandes über das Verwaltungsjahr 1909« lesen wir darüber:

»Das Jahr 1909 beginnt mit einem Mitgliederstand von 1474 Mitgliedern, welche sich auf 27 Mitgliedschaften verteilen. Eingetreten sind im Laufe des Jahres 318 und ausgeschieden sind 376 Mitglieder, und zwar sind 271 freiwillig ausgetreten, 95 wurden ausgeschlossen und 10 Mitglieder sind gestorben. Am Schlusse des 4. Quartals 1909 ist demnach ein Bestand von 1416 Mitgliedern zu verzeichnen. Im Laufe des Jahres lösten sich durch Austritt von Mitgliedern zwei Mitgliedschaften, Stutt-

gart und Karlsruhe, auf. . . Die Zahl der Mitgliedschaften beträgt am Ende des Jahres 25.«

Man schreitet also — glänzend zurück! Die Mitgliederzahl am Schluß des Jahres ist um 58 niedriger wie am Beginn; das bedeutet einen Mitgliederverlust von 4 Prozent! Besonders hoch ist die Zahl der freiwillig Ausgetretenen; sie beträgt 271, also etwa ein Fünftel der Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt! Wenn man in Betracht zieht, daß es sich bei diesen Ausgetretenen in der Hauptsache um Kollegen handelt, die zu einer besseren Einsicht gelangten und infolgedessen der Unternehmerschutztruppe den Rücken kehrten, wird die Tatsache von jedem klassenbewußten Gewerkschaftskämpfer mit einem Gefühl der Genugtuung aufgenommen werden. Die gelbe Herrlichkeit beginnt zu verblasen! Das läßt uns für die Zukunft das beste hoffen.

Die Mitgliederziffern der Unterstützungsvereinigung liegen aber noch viel ungünstiger, als aus den angeführten Zahlen zu erkennen ist. Denn nur etwas mehr als die Hälfte der Mitglieder sind Vollmitglieder. Von den 1416 Mitgliedern am Schluß des IV. Quartals 1909 zählen nämlich nach dem Bericht 765 als Vollmitglieder zu beiden Kassen, während 647 nur der Unterstützungskasse und 4 Mitglieder nur der Invalidenkasse angehören. Die 647 nur zur Unterstützungskasse zahlenden Mitglieder sind aber zum größten Teil, wenn nicht sämtlich — der Bericht schweigt sich wohlweislich darüber aus — Lehrlinge, die wieder in ihrer Mehrheit gegen ihren Willen vom Unternehmertum für die gelbe Kasse gepreßt worden sind. Im besten Falle sind also höchstens 800 erwachsene Mitglieder in der Unterstützungsvereinigung, d. h. deren Mitgliederzahl beträgt knappe 5 Prozent der in unserer Organisation vereinigten Gehilfen! Zieht man noch in Betracht, daß sich unter den erwachsenen Mitgliedern eine nicht geringe Zahl von Oberlithographen, Oberdruckern, Faktoren und Gehilfen

in Staatsstellungen oder sonstiger sogenannter gesicherter Position befinden, dann werden nicht mehr viel Leute übrig bleiben, die dem Unternehmertum in Kampfzeiten Rausreißerdienste gegen ihre um bessere Verhältnisse ringenden Kollegen leisten könnten. Das Unternehmertum hat sich also dank des gesunden, die Kollegenschaft durchwehenden Geistes bei seiner gelben Rechnung arg verkalkuliert; es muß sich abfinden mit der Rolle des betrübten Lohgerbers, dem die besten Felle weggeschwommen sind. Für unsere Organisation ist aber eine Gefahr, die ihr bei der Erfüllung ihrer vornehmsten Aufgaben hätte zu schaffen machen können, so gut wie vollständig bedeutungslos geworden.

Weil sich die Mitglieder der Unterstützungsvereinigung in ihrer Mehrzahl in gesicherter oder gar gehobener Position befinden, hat natürlich die schwere wirtschaftliche Depression, die den Verband und seine Unterstützungseinrichtungen so arg in Mitleidenschaft zog, auf die Kassenverhältnisse des Frankfurter Vereins nicht in derselben schädigenden Weise einwirken können wie auf die unsrer Organisation. Außerdem nimmt letztere ja auch jeden ohne Rücksicht auf seinen körperlichen Zustand auf, wodurch sie gerade denen, die der Hilfe am dringendsten bedürfen, ein treuer Helfer wird, während sich die Unterstützungsvereinigung von vornherein durch die Einforderung eines ärztlichen Attestes gegen alle schwächlichen oder kranklichen Berufsangehörigen abschließt. Aus diesen Ursachen erklärt es sich, daß die Krankenunterstützungskasse, die 1909 eine Gesamteinnahme von 26625,73 Mk. und eine Gesamtausgabe von 18744,77 Mk. hatte, mit einem Ueberschuß von 7880,96 Mk. abschließen konnte.

In der Invalidenkasse, die Unterstützungen noch nicht auszahlt, wurde bei einer Gesamteinnahme von 14579,90 Mk. und einer Gesamtausgabe für Honorare und Verwaltungskosten

beträchtliche Minderheiten, eine Resolution zur Annahme, welche den Gewerkschaften die Errichtung solcher Kassen empfiehlt. Die Landesorganisation wurde weiter beauftragt, bei den gesetzgebenden Körperschaften auf Abstellung der Mängel hinzuwirken. Auch über die neue Krankenversicherungsgesetzgebung wurde eingehend debattiert und in einer Resolution eine Beseitigung der bestehenden Mängel verlangt. Der Kongreß setzte ferner ein Komitee ein, daß mit den Verbänden über die Frage der Gründung eines gemeinschaftlichen Fachorgans beraten soll; das Ergebnis dieser Beratungen soll dem nächsten Kongreß vorgelegt werden. Bedeutendvoll war weiter ein Antrag, der darauf hinauslief, die verschiedenen Organisationen zu einigen großen Industrieverbänden zu verschmelzen; auch in dieser Angelegenheit wurde das Landessekretariat beauftragt, die Frage näher zu prüfen und zur Weiterberatung für den nächsten Kongreß vorzubereiten. Zu erwähnen ist noch ein Beschluß, der sozialdemokratischen Partei 5000 Kr. für Agitation unter den Landarbeiterinnen und der Fischerbevölkerung zu überweisen; man hält dies für zweckmäßiger, da bei der Agitation in diesen Kreisen das politische und das genossenschaftliche Prinzip besonders zu berücksichtigen sind. Ferner wurde noch beschlossen, einen Volksaufsunds zu gründen, zu welchem pro Mitglied und Monat 2 Öere gesteuert werden sollen und aus welchem dann dort, wo es notwendig ist, Vereins- und Versammlungshäuser gebaut werden sollen. Auch zur Förderung des Genossenschaftswesens wurden verschiedene zweckmäßige Beschlüsse gefaßt.

Politische Monatsschau.

Berlin, den 30. Juli 1910.

Der diesjährige Parteitag. Die Budgetbewilligung in Baden. Die Aussichten für die kommenden Reichstagswahlen. Die vorbestehende Reichstagsnachwahlen. Ein Schlag auf die zentrumliche Wahlrechtsheuchelei.

Der diesjährige Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird am 18. September 1910, abends 7 Uhr im »Luisenpark« zu Magdeburg eröffnet werden. Der Parteivorstand veröffentlichte dazu folgende durch die Angabe der Referenten ergänzte vorläufige Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes; Berichterstatter: W. Plannkuch, A. Gerisch. 2. Bericht der Kontrollen; Berichterstatter: A. Kaden. 3. Parlamentarischer Bericht; Berichterstatter: G. Noske. 4. Wahlrechtsfrage; Berichterstatter: H. Borgmann. 5. Reichsversicherungsgesetzgebung; Berichterstatter: H. Molkenbuhr. 6. Genossenschaftsfrage; Berichterstatter: H. Fleißner. 7. Maifeier; Berichterstatter: H. Müller. 8. Internationaler Kongreß in Kopenhagen; Berichterstatter: P. Singer. 9. Sonstige Anträge. 10. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll. — Der Parteitag wird also nicht nur eine sehr reichhaltige, sondern auch eine außerordentlich bedeutungsvolle Tagesordnung — es sei nur die Wahlrechts- und die Genossenschaftsfrage hervorgehoben — zu bewältigen haben. Möchte das Parlament des politischen Zweiges der modernen Arbeiterbewegung Beschlüsse fassen und Richtlinien zeichnen, die das deutsche Proletariat seinen hohen Zielen wiederum ein Stück näher bringen.

Neben den aus der Tagesordnung unmittelbar ersichtlichen Fragen wird sich der Parteitag mit einer Sache zu beschäftigen haben, die in der Tagesordnung nicht mit aufgeführt wurde, weil sie voraussichtlich innerhalb des Vorstandsberichts ihre Erledigung finden wird, die aber nichts destoweniger für die sozialdemokratische Partei von außerordentlicher Wichtigkeit ist: mit der Budgetbewilligung im badischen Landtag durch die sozialdemokratische Fraktion. Bis zum Nürnberger Parteitag im Jahre 1908 galt in der Frage der Abstimmung über die Budgets in den Landesparlamenten die Resolution des Parteitag in Lübeck 1901, die eine Zustimmung zu dem Budget nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen für zulässig erklärte. Die auf Grund dieses Beschlusses vor dem Nürnberger Parteitag erfolgte Budgetbewilligung in Bayern, Württemberg und Baden gab diesem Veranlassung zu lebhaften Debatten über das Vorgehen der betreffenden Landtagsfraktionen. Das Ergebnis war ein Beschluß, der die Lübecker Resolution wesentlich verschärfte und die Zustimmung zum Budget nur dann für zulässig erklärte, wenn seine Ablehnung durch die sozialdemokratische Fraktion die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde. Unsere Meinung über diese Resolution haben wir in dem Artikel »Der Nürnberger Parteitag« in der »Gr. Pr.« No. 39, 1908 zum Ausdruck gebracht; sie ging im wesentlichen dahin, daß der Beschluß im Interesse der Partei bedauert wurde. Aber er war gefaßt und er mußte von jedem Mitgliede der Partei unbedingt solange gehalten werden, wie die Mehrheit der Parteimitglieder, deren Willen durch die Mehrheitsbeschlüsse der Parteitage zum Ausdruck gelangt, hinter ihm steht. Dieser obersten Pflicht aller Glieder einer demokratischen Organisation ist die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Baden nicht nachgekommen. Die in der Nürnberger Resolution genannte einzige Möglichkeit für die Zustimmung zum Budget lag in Baden nicht vor. Da diese Zustimmung trotzdem gegeben wurde, hat sich die

badische Landtagsfraktion eines Verstoßes gegen einen Parteitagbeschluß und damit gegen die einfachsten demokratischen Grundsätze schuldig gemacht, der entschieden verurteilt werden muß. Dieser unser Standpunkt hindert uns natürlich nicht, die Nürnberger Resolution nach wie vor für verfehlt zu halten und ihre Revidierung dringend zu wünschen. Wenn der Magdeburger Parteitag bei aller Verurteilung des badischen Disziplinbruchs in dieser Richtung wirkt, dann wird er beitragen zur Stärkung der Partei und zur Erhöhung ihrer inneren Geschlossenheit, die sie für den bevorstehenden Reichstagswahlkampf dringend nötig hat.

Jedenfalls wäre es sehr zu bedauern, wenn durch den badischen Zwischenfall und seine Behandlung auf dem diesjährigen Parteitage die außerordentlich günstigen Aussichten der Arbeiterpartei für die kommenden Reichstagswahlen beeinträchtigt würden. Das Proletariat muß Einfluß zu gewinnen suchen auf die Reichsgesetzgebung, wenn es seiner Knebelung und Ausbeutung durch gesetzgeberische Maßnahmen ein Ende machen will. Eine hervorragende Gelegenheit zu einer gewaltigen Erhöhung dieses Einflusses bieten die kommenden allgemeinen Reichstagswahlen, durch die in Anbetracht der gegenwärtigen politischen Situation die Zahl der Arbeitervertreter im Reichsparlament bei einer geschickten und geschlossenen Führung des Wahlkampfes mit einem Schlage verdoppelt, wenn nicht verdreifacht werden kann. Ein schwerer innerer Konflikt könnte diese Aussichten vernichten oder mindestens stark gefährden. Möchte das auf keiner Seite aus dem Auge gelassen werden.

Einen Vorgeschmack von dem Ausfall der kommenden allgemeinen Reichstagswahlen bieten die vielen Reichstagsnachwahlen, die sich seit der vorigen Hauptwahl nötig machten. Ueberall erzielte die Arbeiterpartei, wie wir berichten konnten, einen gewaltigen Stimmenzuwachs, in vielen Fällen eroberte sie neue Mandate. Vier weitere Nachwahlen stehen bevor, die die bisherigen Erfahrungen jedenfalls bestätigen werden. Heute findet die Nachwahl in dem württembergischen Wahlkreise Cannstadt-Ludwigsburg statt, in dem 1907 der national-liberale Kandidat mit 1878 Stimmen über den sozialdemokratischen, der 15488 Stimmen erhielt, siegte. Diesmal kann sich das Blatt bereits gewendet haben! — Am 24. August folgt die Nachwahl in dem sächsischen Wahlkreise Zschopau-Marienbergr, wo 1907 der Antisemit mit 14732 den Sozialdemokraten mit 11281 Stimmen aus dem Felde schlug. Damals kämpften die Liberalen mit den Antisemiten Schulter an Schulter gegen die Sozialdemokratie; diesmal hat letztere gegen einen antisemitischen und einen liberalen Gegner zu kämpfen, ebenfalls wie in Cannstadt-Ludwigsburg mit den besten Aussichten auf Erfolg. — Der Wahlkreis Marburg-Höxter, in dem die dritte Nachwahl stattfindet, ist und bleibt wahrscheinlich vorläufig noch ein sicherer Zentrumsbesitz. Trotzdem wird voraussichtlich die zentrumsgegerne Stimmenzahl anschwellen und dadurch für das Zentrum ein warnendes Menetekel sein. — Am 15. September endlich findet die Nachwahl in Frankfurt a. O. Lebus statt, wo 1907 die Nationalliberalen in der Stichwahl mit Hilfe der Konservativen mit 17805 Stimmen über den sozialdemokratischen Kandidaten siegten, der 12196 Stimmen erhielt. Jetzt versuchen die Konservativen mit einer sogenannten »Arbeiter-Kandidatur den Wahlkreis zurückzuerobern. Möchte ihnen dabei gründlich heimgeleuchtet werden!

Bei den Nachwahlen in den beiden preußischen Wahlkreisen wird die Haltung der bürgerlichen Parteien zur preußischen Wahlrechtsfrage hervorragende agitatorische Dienste tun, und zwar auch in der Zentrumshochburg Marburg-Höxter. Dort kandidiert der Sohn des Zentrumsführers Spahn, der Straßburger Professor Spahn, der sich kürzlich offen als Gegner der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen bekannte. In der Zeitschrift »Hochland« gab er dafür die Begründung, daß der im Reiche wohnende »demokratische Geist« sich nicht auf Preußen ausdehnen dürfe, wenn nicht schwere Mängel entstehen sollten. Als Gegengewicht gegen diesen Geist müsse vielmehr Preußen in seiner »Eigenart« erhalten bleiben. Diese Ausführungen einer Zentrumskapazität kennzeichnen die ganze elende Wahlrechtsheuchelei des Zentrums zur Genüge. Sie sollen dem Herrn Professor beim Wahlrechtskampf in Marburg-Höxter und dem Zentrum bei den kommenden Reichstagswahlen überhaupt noch gehörig um die Ohren geschlagen werden.

Die Weltausstellung in Brüssel.

IV. (Schluß).

Ganz am Ende des Ausstellungsgebäudes, hinter der deutschen Abteilung, liegt, vergraben im Grün des Solboschparks, ein knappes Dutzend von Häusern und Häuschen, das den großmächtigen Namen »Internationale Ausstellung von Arbeiterwohnungen« führt. Ueber den unzweifelhaften Wert einer gesunden und zureichenden Wohnung für den Arbeiter braucht hier ebenso wenig etwas ge-

*) Diese Vermutung wurde durch den Wahlausfall bestätigt. Cannstadt-Ludwigsburg wurde erobert! Bei der Erstwahl erhielten Redakteur und Landtagsabgeordneter Keil (Soz.) 18705, Fabrikant Oettinger (natl.) 9528 und Redakteur und Landtagsabgeordneter Wolff (Bauernbund) 4930 Stimmen. Keil ist somit mit einer Majorität von 4247 Stimmen gewählt.

sagt zu werden wie über den sehr zweifelhaften Wert von Arbeiterhäusern für ihre Bewohner, die damit vielfach ihre persönliche und politische Freiheit verkaufen. Immerhin hätte es von Interesse sein können, mal in einer Uebersicht das Beste an Arbeiterhäusern kennen zu lernen. Aber dazu ist diese Ausstellung nicht im mindesten geeignet. Das wenige, was man dort sieht, besteht zumeist aus Reklameleistungen von Baufirmen und Architekten, die ihre Erzeugnisse empfehlen und die Innenausstattung ist von Möbelindustriellen und Warenhäusern besorgt, die sich auf diese Weise anpreisen, vielfach ohne Rücksicht, ob die Ausstattung auch dem Geldbeutel eines Arbeiters angemessen ist. Deutschland, dessen Unternehmertum sich auf dem Gebiete der Arbeiterwohnungs-fürsorge soviel zugute tut, ist nur mit zwei Holz-häusern vertreten, entworfen von Architekt Metzendorf (Essen), ausgeführt von der Firma Siebel (Düsseldorf), die hier ihr patentiertes System zerlegbarer Holzhäuser zum ersten Male auch auf Arbeiterhäuser angewendet. Die beiden Häuschen sehen schmuck aus im Grün ihres Gärtchens und drinnen herrscht Behaglichkeit und Zweckmäßigkeit. Ihr Preis stellt sich (abgesehen von Grundstück und Ausstattung) auf 6060 bis 6500 Mark; sie kommen für den einzelnen Arbeiter wohl kaum in Betracht, ob Unternehmer und Baugenossenschaften das System für verwendbar halten, muß abgewartet werden.

Noch ein Stückchen weiter über die schmucken Arbeiterhäuser hinaus und wir befinden uns, nachdem wir soviel Glanz, soviel falschen Schein und Reklame durchwandert haben, im Bereiche der Wirklichkeit und des Elends. Vom Dach einer hohen und weiten Halle kündet die doppelsprachige Aufschrift: *Huisarbeid — Travail à domicile*, wo wir uns befinden. Es ist die Heimarbeitsausstellung, die, wenn sie auch ans äußerste Ende der Weltausstellung verwiesen ist, doch an Interesse keiner der glanzvollen Darbietungen nachsteht, die sich in den Vordergrund zu drängen gewußt haben. Die Heimarbeitsausstellung ist zu danken dem Eingreifen unserer Genossen im Brüsseler Gemeinderat. Genosse Huysmans, der Sekretär des internationalen sozialistischen Bureaus, war es, der dort den Antrag stellte, daß die Stadt Brüssel auf der großen Weltausstellung eine Heimarbeitsausstellung herrichten solle. Der Antrag wurde angenommen und mit den Arbeiten ein Komitee betraut, dessen Vorsitzender Herr Max, Bürgermeister von Brüssel (Oberbürgermeister gibts nur in unserm auf Titel und Rang verbesserten Deutschland) und dessen Sekretär Genosse Huysmans ist. An der Herbeischaffung und Aufstellung des Materials sind unsere Brüsseler Genossen hervorragend tätig gewesen. Leider hat zunächst die Fertigstellung der Bauten lange auf sich warten lassen, und dann kam eine Reihe anderer Widrigkeiten hinzu, so daß, nach mehrmaligem Aufschieben, die Ausstellung erst am 8. Juli eröffnet werden konnte.

Die Heimarbeitsausstellung zerfällt in zwei Teile: die Haupthalle (mit den Werkstätten und den Heimarbeiterzeugnissen) und die Heimarbeiterhäuser, die den Zugang zur Haupthalle beiderseitig flankieren. Es sind Arbeiterhäuser, wie sie der Wirklichkeit entsprechen, nicht Arbeiterhäuser der vorhin erwähnten Art, wie sie zu Reklamezwecken aufgestellt sind. Links an die Haupthalle angelehnt haben wir das Haus eines Lütticher Büchsenmachers. In dieser Industrie sind in Lüttich 6600 Personen als Heimarbeiter beschäftigt. Das Haus besteht aus einer Werkstatt und einer Wohnküche im Erdgeschoß und zwei zum Schlafen bestimmten Räumen im Stock darüber. Die Werkstatt, in der gewöhnlich drei Personen beschäftigt sind (auf der Ausstellung ist nur eine drin tätig), hat einen Flächenraum von 11 Quadratmetern. Auf der linken Seite des Zuganges liegt weiter das Haus eines Seilers, der dort in nimmermüdem Auf und Ab sein ein-förmiges Gewerbe ausübt. Rechts sehen wir das Heim eines Leinwebers aus der Nähe von Courtrai, eine niedrige, sonst aber geräumige Küche, die teilweise noch als Werkstatt für eine Spinnerin dienen muß, daneben den Werkraum, der vollständig durch den Webstuhl eingenommen ist, oben wiederum zwei Kammern zum Schlafen. Auf derselben Seite das enge Gelaß einer Familie, die in der Herstellung von Filz beschäftigt ist, und die Hütte eines Nagel-schmiedes, der dort mit einem Gehilfen große, breitköpfige Nägel verfertigt. Der Gehilfe ist ein Hund, er läuft in einem Rade und setzt damit das Gebläse in Betrieb. Von fünf Besuchern hört man vier ausruhen: *Le pauvre chien (der arme Hund)!* Es ist möglich, daß der Hund sich draußen wohler fühlen würde als in der dunklen Schmiede an seinem Rade. Aber was soll man von dem Arbeiter, dem Menschen sagen, der es in demselben Loche aus-halten muß und dessen Arbeit, zellebens drei oder vier Handgriffe zu machen und ewig einen Nagel nach dem andern herzustellen, gewiß nicht weniger eintönig und niederdrückend ist, als der unablässige Lauf des Tieres im Tretrad!

Die Haupthalle der Heimarbeitsausstellung ist ein rechteckiger Bau, dessen Inneres sein ganzes Licht von oben erhält. An den vier Wänden im Inneren ziehen sich Zellen entlang. Werkstätten, in denen man die verschiedenen Heimarbeiter in Tätigkeit sehen kann. Ueber den Zellen läuft in der halben Höhe der Wand eine Gallerie, deren eine Längsseite als Arbeitsraum für das Ausstellungs-komitee abgeteilt ist, während die übrigen Seiten

Loos, das sie mit dem verwandten Beruf der Buchdrucker teilen. Daß die Augen bei den Lithographen sehr angestrengt werden, ergibt sich daraus, daß die Lithographen bei ihrer Arbeit sehr genau zusehen und die Augen erheblich anstrengen müssen, um die Feinheiten der Zeichnungen richtig auszuführen. Sie haben nun oft in den Fabrikräumen nicht die vorzügliche Beleuchtung, welche bei ihrer exakten Arbeit nötig ist; ganz besonders läßt das künstliche Licht oft zu wünschen übrig. Es ist also für eine besonders gute Beleuchtung Sorge zu tragen, unter Vermeidung von Strahlung, Erhitzung und Luftverderbens bei Verwendung der künstlichen Beleuchtung. Bei diesen Betrieben ist demnach eine Helligkeit von mindestens zirka 50 Meterkerzen erforderlich. Bei Einführung der elektrischen Beleuchtung sollte man lieber auf eine große Flamme verzichten und viele kleine Flammen anbringen, weil die ersteren zu starke Schlagschatten werfen und die Arbeiter irritieren können.

Die Ueberanstrengung der Augen durch Ueberstunden ist möglichst zu vermeiden. Die Augen sind rechtzeitig und wiederholt ärztlich untersuchen zu lassen. Die Sehschärfe für in den Beruf eintretende Lehrlinge soll mindestens $\frac{2}{3}$ betragen.

Weiter ist von diesen zu verlangen, daß sie wenigstens einen mittelkräftigen Körperbau besitzen und einen gut gebauten Brustkorb. Tuberkulose und zu Erkrankungen der Atmungsorgane neigende Personen sind auszuschließen. Bei der Berufswahl der Lithographen sollte der Disposition zu Lungenerkrankungen eine noch größere Beachtung geschenkt werden, als es in der Regel geschieht, weil das Gewerbe einen sehr hohen Prozentsatz von Erkrankungen an Lungenschwindsucht liefert. Diese Beschäftigung gilt allgemein als eine »leichte«, körperliche Kräfte nicht erfordernde und übt daher ihre Anziehungskraft auf von Hause aus schwächliche Menschen aus. Es sollten aber die letzteren eindringlich vor einer Berufsart gewarnt werden, bei der die Atmungsorgane infolge des Mangels an Bewegung und der gezwungenen Haltung, bei der die Brust fest gegen den Tisch gepreßt wird, nicht zur gehörigen Entfaltung kommen können. Die Erkrankung wird infolgedessen überall da, wo die Anlage bereits vorhanden ist, noch zum Ausbruch gelangen. Die Gefahr wird noch erhöht durch den Staub, der, wenn auch in kleinsten Mengen, doch in sehr großer Feinheit bei der Arbeit entsteht und von dem über den Stein gebückten Arbeiter fast direkt eingeatmet wird.

Im Gegensatz hierzu meint Dr. Leiser, der die Krankheiten der Lithographen in Weyl's »Handbuch der Arbeiterkrankheiten« behandelt, es wäre falsch, die Beschäftigung ausschließlich als solche für die Verbreitung der Schwindsucht unter den Steinarbeitern verantwortlich zu machen. In den Fabrikräumen der lithographischen Anstalten und Steindruckereien herrsche wenig Staub, die Luft sei nicht durch Gase und üble Gerüche verunreinigt, und da auch die Steinplatten feucht geschliffen werden, so falle jede erhebliche Staubeinatmung fort. Eine Ausnahme bildet nach Leiser nur der Bronzestaub, welcher bei Anfertigung von Luxuspapieren eingerieben wird. Dieser dringt in die Nase und den Rachen und kommt so in den Magen und in die Lungen, welche er um so mehr schädlich beeinflusst, als diese Arbeit meist von jüngeren, weniger widerstandsfähigen Personen ausgeübt wird. Da an eine Abfangung des Staubes bei der Art der Arbeit nicht zu denken ist, so ist für die Arbeitssäle der Lithographen und Steindruckerei daher ein ausreichender Lufräum und Luftwechsel sowie dauernde Entfernung von Staub und Unreinlichkeiten durch häufiges feuchtes Aufwischen vom Fußboden und Tischen nötig. Das Abschleifen der gebrauchten lithographischen Steine vor der Wiederbenutzung geschieht sowohl mit Schleifmaschinen wie mit der Hand, in beiden Fällen wird aber naß geschliffen.

Trotzdem sind die betreffenden Arbeitsräume meist voll Staub infolge des verspritzten

und nachträglich eingetrockneten Schleifschumes. Im allgemeinen sind die mit diesen körperliche Kraft erfordernden Verrichtungen beschäftigten Arbeiter kräftige Leute, die weniger unter der Wirkung des Staubes zu leiden scheinen. Immerhin könnte auch in diesen Werkstätten durch größere Reinlichkeit der Entwicklung von Staub vorgebeugt werden.

Sehr häufig sind *Hautkrankheiten*, deren Entstehung durch die Beschäftigung mit den Farben, Säuren, Oelen usw. bedingt ist. Es entstehen dann sehr heftige und hartnäckige *Flechten*, die, wenn sie auch wenig ausgebildet sind, ein Aussetzen der Arbeit erheischen und unter Salbenbehandlung, die aber vom Arzte selbst besorgt werden muß, heilen.

Daß Verletzungen häufig bei den Steindruckern vorkommen, erklärt sich aus dem Maschinenbetrieb. Quetschungen der Arbeiter sind daher häufig und nehmen nur dann einen ernsteren Charakter an, wenn sie nicht rechtzeitig in ärztliche Behandlung kommen. Sie machen öfters ein Aussetzen der Arbeit nötig, da die Geschicklichkeit und die Freiheit der Handbewegungen unter jedem Verband leidet, wenn er auch noch so klein ist.

Daß Blutarmut und Bleichsucht im Steindruckgewerbe häufig vorkommt, erklärt sich aus der Beschäftigung zahlreicher weiblicher Personen. Die Bleichsucht ist eine Entwicklungskrankheit, die mit dem Berufe zunächst nichts zu tun hat. Immerhin wird sie ungünstig beeinflusst durch unhygienische Lebensweise, unzureichende Ernährung, Mangel an Bewegung in frischer Luft und zu langer Arbeitszeit.

Für die Erkrankungen der Verdauungsorgane, an welchen ebenfalls viele Arbeiter des Steindruckgewerbes leiden, mögen Diätfehler in Betracht kommen, unzureichende und unweckmäßige Ernährung, vor allem des Fehlens eines warmen Mittagessens.

Einen sehr interessanten Einblick in die Art und die häufigsten der Erkrankungen gewährt auch die Statistik der Krankenkassen, die von Dr. Leiser aus dem Material der Berliner Ortskrankenkasse der Steindruckerei und Lithographen ermittelt wurde. Danach litten von 100 Erkrankten an ansteckenden Krankheiten: Männer 6,5, Frauen 5,3, an Blutarmut 1,6 und 19,6, an Gehirn- und Nervenkrankheiten 7,4 und 4,3, Augenkrankheiten 1,6 und 1,4, Ohren- und Nasenleiden 0,5 und 0,4, Erkrankungen der Luftwege 7,5 und 6,6, Lungentuberkulose 13,5 und 10,6, Herz- und Blutgefäßerkrankungen 3,0 und 2,1, Erkrankungen der Verdauungsorgane 11,2 und 10,0, Blasen- und Nierenleiden 1,5 und 0,8, Geschlechtskrankheiten 2 und 0,75, Erkrankungen der weiblichen Sexualorgane 12,9, an chronischem Rheumatismus und Gicht 8,5 und 3,2, Hautkrankheiten 8,5 und 2,5, Erkrankungen der Knochen und Gelenke 2,7 und 2,5, metallischen Vergiftungen 0,5 und 0,06, Betriebsunfällen 12,5 und 7,8, Unfällen außerhalb des Betriebes 6,5 und 1,8, verschiedenen Erkrankungen 4,2 und 6,7.

Zur Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter des Lithographie- und Steindruckgewerbes, namentlich zur Vorbeugung der Tuberkulose, ist es notwendig, daß die Arbeiter auch persönlich mehr auf sich achten und durch Bäder, Turnen, viel Bewegung in frischer Luft sich abhärten und stählen. Auch die Wohnungs- und Schlafräumverhältnisse sind hier von erheblicher Bedeutung.

Dr. W. Hanauer.

Zur Generalversammlung.

XXIII.

Honorare in den Mitgliedschaften.

Wir befinden uns im Zeichen der Kassen-Sanierung. Mancher Kollege hat bereits hierzu die Feder ergriffen und an Vorschlägen zur Besserstellung der Kassenverhältnisse ist kein Mangel. Aber was Kollege H. S. unter obiger Spitzmarke brachte, das dürfte wohl alle im Amte befindlichen Kassierer von Protest aufrufen. Ich frage, welcher Kassierer von den vielen Zahlstellen hat schon den Verband als »Einnahmequelle« betrachtet?

Wenn man weiß, wie schwer Kollegen für derartige gewissenhaft auszufüllende Posten zu ge-

winnen sind und wie mancher Kassierer schon nach einjähriger Tätigkeit auf die Wiederwahl verzichtet, dann kann nur menschliches Mitgefühl die Veranlassung sein, wenn dem Kollegen H. S. nicht jedes Verständnis in dieser Angelegenheit abgesprochen wird.

Die wöchentlichen und täglichen Arbeiten, die Abrechnung mit den Unterkassierern, die Auszahlung der Unterstützungen, der Aerger mit den Restanten, die Vierteljahresabrechnungen usw., alles das soll der Kassierer in seinen paar Mußbestunden aus Lust und Liebe zum Verband unentgeltlich machen mit dem ermutigenden Bewußtsein, daß ein etwaiges Manko aus seiner Tasche zugelegt werden darf. Logischerweise müßten dann Hauptvorstand, Gauleiter und auch unser Redakteur aus Lust und Liebe zum Verband alle ihre Arbeiten unentgeltlich verrichten.

Im Gegensatz zum Kollegen H. S. stehe ich auf dem Standpunkt, daß diejenigen Kollegen, welche die so notwendige Kleinarbeit verrichten, viel zu niedrig honoriert werden. Grade in dieser Angelegenheit ist genügend gespart worden, so z. B. durfte der Ortsvorstand, als der Beitrag auf 1,30 Mk. erhöht wurde, nur die Prozente der 1,20 Mk.-Marke verrechnen; ebenso verhält es sich jetzt bei dem 1,50 Mk.-Beitrag. Zugegeben muß doch werden, daß alle Arbeiten immer mehr erschwert werden.

Deshalb rufe ich nicht nur im Interesse aller Verwaltungen, sondern auch in dem unseres Verbandes dem Artkelschreiber H. S. zu: »Hand weg von einer Verkürzung der Honorare unserer so arbeitsfreudigen Ortsverwaltungen!« J. Z. in A.

XXIV.

Fingerzeige.

Man muß sich doch wundern, daß es Kollegen gibt, die sich von der Einführung von Staffelleistungen viel versprechen. Ja, noch mehr! Sie meinen, das Allheilmitel damit gefunden zu haben, um einerseits einen bedeutenden Mitgliederzuwachs zu erhalten, andererseits die Kassen zu schonen und die Agitation zu erleichtern. Das Gegenteil würden wir erreichen. Abgesehen von den kassentechnischen Schwierigkeiten in den Zahlstellen würden wir dadurch verschiedene Kategorien von Mitgliedern schaffen, die ihrerseits wieder von den andern nicht für voll gehalten würden. Das hätte Reibereien, Stänkereien usw. zur Folge, die unserer Bewegung nicht zum Vorteil gereichen können. Nein, Staffelleistungen für alle Unterstützungsweige dürfen und können wir schon nach dem demokratischen Prinzip: »gleiche Rechte, gleiche Pflichten!« nicht einführen. Unser Verband würde sich mit dieser Einführung selbst sein Grab schaufeln.

Total verfehlt wäre es ferner, wenn man die Berechtigung zum Bezug von Invalidenunterstützung davon abhängig machen wollte, daß ein Kollege wirklich arm ist. Er hat sich diese Rechte durch jahrelange Beitragszahlung erworben und sie müssen ihm auch ohne Rücksicht auf seine Privatverhältnisse gewährt werden. Bei unserer Aufnahme hat uns ja auch niemand nach unseren Privatverhältnissen gefragt! Der alte Senefelderbund ging mit seiner Invaliden- und Witwenkasse hausieren und bewog dadurch die jetzigen Mitglieder zum Beitritt. Keine Generalversammlung hätte eigentlich mehr das Recht, einschränkende Bestimmungen für die Unterstützungsberechtigung zu treffen, da ja alle Kollegen unter der Voraussetzung, daß die Unterstützung auf alle Fälle gewährt würde, dem Bunde beitraten. Der alte Bund hat nur 50 Pf. Beiträge erhoben. Entweder hat man wirklich geglaubt, mit diesem Beitrag auszukommen, oder man hat gewußt, daß einmal irgend eine Aenderung kommen wird, und hat den niedrigen Beitrag nur zum Mitgliederfang benutzt. Wir sollen jetzt diese Sünden der früheren Bundesleiter büßen! Wenn die Verschmelzung 1903 nicht vollzogen worden wäre, müßten wir im alten Bund heute wenigstens 90 Pf. bezahlen, und dieser Beitrag würde für die Dauer noch lange nicht reichen, da sich die Zahl der Invaliden und Witwen ständig vergrößert. Im alten Bund hätte sich auch keiner geweigert, den erhöhten Beitrag zu zahlen, war er doch sicher, seine Rechte gewahrt zu wissen. Der Hauptgrund zu dem Versuch, einschränkende Bestimmungen in die Statuten aufzunehmen, ist wohl, daß man dadurch den einen oder andern leichter abwimmeln kann, ohne zu bedenken, daß der gute Mann schon jahrelang auf diese seine Unterstützung rechnete, um sich durch diesen Zuschuß zu seinen etwaigen sonstigen Einkünften einen sorgenfreien Lebensabend zu schaffen. Die Gewerkschaft sollte diese Hoffnung unter keinen Umständen vernichten. Möchte unsere Generalversammlung, die die Statuten macht, nicht reaktionär handeln, sondern nur auf demokratischer Grundlage; möchte sie nicht Paragraphen ins Statut aufnehmen, die nur die Anhänglichkeit und Liebe zum Verband verleiden!

Der Hauptvorstand wird seine Vorschläge vielleicht damit begründen, daß dadurch unsere Kassen gespart werden. Das könnte aber auf manche andere Art geschehen. Man könnte jährlich Tausende von Mark ersparen, wenn weniger Beamte wären. Wegen nicht ganz 17000 Mitgliedern braucht man keinen derartig großen Beamtenapparat. Ferner sollte sich die Generalversammlung auch damit befassen, Streichungen an den Gehältern der verbleibenden Beamten vorzunehmen und diese im übrigen ebenso wie die Mitglieder zu behandeln. So sollten sie z. B. nicht besondere Pensionen erhalten, sondern

einer Offenburger Versammlung erzählt, unsere Verhältnisse kämen gleich hinter den schlesischen, die badischen Arbeitsverhältnisse seien durch die Lehrer Verhältnisse gedrückt, die Arbeitsordnung des Schutzverbands hätten wir anstandslos angenommen. Das Gegenteil von alledem ist wahr! Lehr war der Ausgangspunkt, daß selbst in Waldkirch die Verhältnisse etwas besser wurden, in Lahr selbst hat sich in den letzten Jahren vieles zum Besten gewendet, und trotz wiederholten Versuchs der Prinzipale ist die berühmte Geschäftsordnung bis auf den letzten Buchstaben gefallen. Die Lahrer Kollegenschaft bedauert die vom Kollegen Müller in Offenburg gemachten Aeußerungen auf das Lebhafteste, und erwartet, daß man sich in Zukunft zuvor besser informiert. — Laut Beschluß der Versammlung soll der Kollegenschaft ferner der Name des Lithographen J. Drechsler, früher in Straßburg, hier einige Zeit Privatlithograph, in Erinnerung gebracht werden. Der Mann verließ s. Zt. unsere Reihen, weil es sich mit seinen Interessen nicht mehr vertrug. Kürzlich erheischten diese wieder den Anschluß. Wir kamen dahinter, daß er zugleich Mitglied bei den Gelben war, und forderten klipp und klare Stellung. Der Mann erklärte, bei den Gelben auszutreten, bezog von uns seine Krankenunterstützung und erklärte hierauf seinen Austritt in einem Schreiben, in welchem er sich über die Rücksichtslosigkeit beschwert, mit der wir ihn zum Austritt bei den Gelben gezwungen haben sollen. Die Versammlung erklärte einstimmig den Herren für unwürdig, jemals wieder Aufnahme in den Verband zu finden.

Anmerkung: Zu dem Bericht habe ich lediglich zu bemerken, daß der Vorwurf, der mir gemacht wird, auf die Lahrer Kollegen zurückfällt. Hätten sie sich informiert, ehe sie sich erüsten, dann wären sie nicht das Opfer einer falschen Berichterstattung geworden.

H. Müller.

Meißen. Die Mitgliederversammlung vom 23. Juli beschäftigte sich mit der Wahl des Delegierten zur Generalversammlung. Eine Ueberraschung erlebten die anwesenden Mitglieder dadurch, daß sich zu dieser Versammlung der Vorsitzende des Wahlkomitees aus Niedersiedlitz eingehend hatte, um zu kontrollieren, ob die Delegiertenwahl nach Vorschrift, erledigt werde. Die Versammelten waren natürlich nicht besonders über diese Einmischung erbaut. Aber es sollte noch besser kommen. Nachdem die Kuverts geöffnet und die Stimmzahl verlesen war, gab der Vorsitzende des Wahlkomitees die Erklärung ab, daß er, falls der Meißner Kandidat gewählt sei, Protest gegen die Wahl einlegen werde, weil die Stimmzeit nicht, wie vorgeschrieben war, von jedem einzelnen Kollegen in der Wahlversammlung abgegeben, sondern schon am Nachmittag in den verschiedenen Geschäften von dazu Beauftragten eingesammelt wurden. Diese Erklärung löste natürlich berechtigten Unwillen aus. Von verschiedenen Rednern wurde gegen eine derartige Diktatur protestiert und es wurde ganz unzweideutig erklärt, daß die Zahlstelle Meißen keine Lust hat, sich vom Hauptvorstand in Berlin befehlen zu lassen, wie und wo die Wahlhandlung stattfinden soll. Darüber hätten die Ortsvorstände selbst zu entscheiden. Der Vorsitzende des Wahlkomitees suchte sein Verhalten damit zu entschuldigen, daß er erklärte, es wäre seine Pflicht, darauf zu achten, daß die Vorschriften des Hauptvorstandes betr. Delegiertenwahl eingehalten würden. Darauf wurde erwidert, daß das Vertrauen zum Hauptvorstand erschüttert sei und daß man dringend wünsche, er möchte sich einmal selbst in Meißen sehen lassen, damit man ihm die Wahrheit sagen könne. Der Niedersiedlitzer Kollege wurde noch ersucht, dem Hauptvorstand die Stellungnahme der Zahlstelle Meißen unverzüglich zu unterbreiten. Die Meißner Kollegen werden in Ruhe der Dinge harren, die da kommen sollen. Sodann kam ein Antrag, in diesem Jahre eine Senefelder-Feier zu veranstalten, zur Verhandlung. Es wurde jedoch mit Stimmgleichheit abgelehnt. Zum Schluß wurde noch besonders die »Graph. Presse« einer Kritik unterzogen.

Saalfeld. In der Mitgliederversammlung vom 23. Juli hielt Kollege Eberlein einen fesselnden Vortrag über »Die wirtschaftliche Entwicklung und die Arbeiter.« Er gab ein Bild der Mehrwertserzeugung und der kapitalistischen Entwicklung, wie es uns hier in gleicher Kürze und Würze nur ganz selten vor Augen geführt wurde. Der Referent regte durch seine Ausführungen unbedingt zum Nachdenken an. Er betonte ganz besonders die Zusammengehörigkeit der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung. Auch legte er den leider nicht sehr zahlreich erschienenen Kollegen an's Herz, doch endlich allen kleinlichen persönlichen Kram und Tratsch beiseite zu lassen und für unsere großen Aufgaben und Ziele einzutreten. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.

Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Die Akzidenz lithographie.

III.

Die Durchführbarkeit der Absicht des Lithographen, einen hohen Arbeitslohn zu erzielen, hängt

aber nicht allein davon ab, daß der Begeh seiner Arbeitskraft sehr groß sei. Der Preis einer Ware wird ja im Grunde nicht durch Angebot und Nachfrage, sondern durch ihre Herstellungskosten bestimmt. Nur stimmt der natürliche Preis nicht immer mit dem wirklichen Marktpreise überein. Der Marktpreis einer Ware schwankt innerhalb gewisser Grenzen auf und ab; er steigt bald über und sinkt bald unter den natürlichen Preis, je nach dem, wie sich das Verhältnis des Angebots zur Nachfrage der Ware gestaltet. Der natürliche Preis ist aber immer der Mittelpunkt, um den der Marktpreis gravitiert. Halten sich Angebot und Nachfrage einander im Gleichgewichte, so stimmt der Marktpreis der Ware mit ihrem natürlichen Preise überein.

Dieselben allgemeinen Gesetze nun, die den Preis der Waren im allgemeinen regeln, regeln natürlich auch den Arbeitslohn, den Preis der Ware Arbeitskraft.

Der Preis einer Ware wird also im Grunde durch ihre Herstellungskosten bestimmt. Welches sind nun die Herstellungskosten der Arbeitskraft?

Es sind die Kosten, die erheischt werden, um den Arbeiter als Arbeiter zu erhalten und um ihn als Arbeiter auszubilden!

Je weniger Bildungszeit eine Arbeit daher erfordert, desto geringer sind die Produktionskosten des Arbeiters, um so niedriger ist der Preis seiner Arbeit, sein Arbeitslohn.

Daraus folgt, daß der Lithograph, wenn er eine gute Konjunktur zur Erzielung eines hohen Arbeitslohnes ausnutzen will, auch dafür sorgen muß, daß sich die Qualität seiner Arbeitskraft steigere. *Der Lithograph hat also nicht nur durch eine intensivere gewerkschaftliche Betätigung dahin zu wirken, daß sich der Marktpreis seiner Arbeitskraft so weit wie möglich über ihren natürlichen Preis erhebe, sondern er muß auch durch ein fleißiges Fachstudium die Qualität seiner Arbeitskraft und damit ihren natürlichen Preis selbst zu steigern suchen!* Denn je höher der natürliche Preis der Arbeitskraft getrieben wird, desto höher muß auch ihr Marktpreis steigen. Der natürliche Preis ist ja der den Mittelpunkt bildende Preis, um den die Marktpreise der Waren fortwährend gravitieren!

Wie steht es denn nun bei den Lithographen mit der Qualität ihrer Arbeitskraft? Leider muß man da sagen, daß es in dieser Hinsicht besonders auch bei sehr vielen Merkantillithographen sehr, sehr traurig bestellt ist. Viele dieser Kollegen verfügen nur über ganz einseitige Fachkenntnisse. Daran ist wohl in der Hauptsache die mangelhafte Ausbildung während der Lehrzeit schuld und die zu weit getriebene Arbeitsteilung, die in manchen lithographischen Betrieben herrscht; ein Teil der Schuld fällt aber auch den betreffenden Kollegen selbst zu. Die meisten dieser Kollegen haben sich aber auch noch gar nicht bemüht gefühlt, die Mängel ihrer Berufsausbildung durch ein fleißiges Selbststudium auszugleichen. Diese Kollegen sind eben zu gleichgültig in allen Dingen, besonders in allen den Dingen, die ihr Fortkommen angehen. Weder betätigen sie sich in der Gewerkschaft, noch kümmern sie sich sonst viel um ihren Beruf und den Stand ihrer Berufskennnisse!

In dieser Hinsicht muß natürlich ebenfalls eine Besserung eintreten, wenn diese Kollegen von dem in Aussicht stehenden Aufschwung in der Lithographie einen Vorteil genießen wollen. Nach mangelhaft und einseitig ausgebildeten Lithographen wird auch während einer besseren Geschäftskonjunktur keine wesentlich größere Nachfrage als sonst sein. Darum ist es für diese Kollegen eine ernste Pflicht, sich mit einer Erweiterung ihrer Berufsbildung zu befassen.

Als gute Lehrquelle kann den Kollegen, die sich vielseitigere Berufskennnisse aneignen wollen, besonders das Lehrbuch unsers Altmeisters Senefelder, von dem unser Verband jetzt einen Neudruck hat anfertigen lassen, empfohlen werden. Die Kollegenschaft hat im allgemeinen noch gar nicht erkannt, welche reiche Fundgrube ihr in diesem Lehrwerke geboten wird, denn sonst müßte die Auflage schon längst vergriffen sein, noch dazu, wo ihr das Buch zum Selbstkostenpreise abgegeben wird. Wie groß der Wert dieses Buches für unsre Kollegen ist, das kann gar nicht hoch genug hervorgehoben werden. Das Lehrbuch Senefelders ist und bleibt ein Standardwerk der Lithographie. Unser Altmeister hat darin schon alle lithographischen Verfahren, die heute noch im wesentlichen maßgebend sind, eingehend behandelt. Der Merkantillithograph findet darin alle Verfahren erläutert, die ihn angehen. Diesem wäre daher das Buch noch besonders zu empfehlen!

Ein weiteres vorzügliches Hilfsmittel für die Weiterbildung wird den Merkantillithographen in dem Werke *Die Schriftlithographie* von Friedrich Hesse geboten,

das jetzt in dem Verlage von Wilhelm Knapp in Halle a. S. erscheint. Sämtliche 10 Lieferungen liegen jetzt vor.

Wir haben bei der Besprechung der ersten Lieferungen den Wert des Werkes schon genügend hervorgehoben. In unserm Schlußurteil können wir das nur noch bekräftigen, was wir bereits darüber gesagt haben. Die weiteren Lieferungen des Werkes haben das gehalten, was die ersten versprochen.

Das Werk *Die Schriftlithographie* teilt sich in einen theoretischen und einen praktischen Teil. Es wird darin nicht das Wesen der *Schriftlithographie* allein, sondern das ganze Gebiet der Akzidenz lithographie oder Merkantillithographie gründlich behandelt. Auch alle einschlägigen Druckverfahren sind in jeder Einzelheit genau beschrieben. Keine einzige Sparte der Akzidenz lithographie ist unberücksichtigt geblieben, jede vorkommende Technik wird gelehrt.

Ueber die Lehrmethode ist folgendes zu bemerken: Im theoretischen Teil wird in hauptsächlichster Linie, nach einer kurzen Besprechung der Buchschreibekunst und der Schrift im Buchdruck, der Elementarunterricht in der Schriftlithographie, insbesondere aber das Studium der Hauptschriftcharaktere, und zwar einerseits der für den Lithographen so bedeutungsvollen Schreibschriften und andererseits der Druckschriften, bezw. der Antiquaschriften und der Frakturschriften behandelt. Im praktischen Teil wird der angehende Schriftlithograph mit dem Wesen und der Technik der Lithographie vertraut gemacht, sodann wird, nach Besprechung des Plattenmaterials, der Werkzeuge und Utensilien usw., auf die Flach- und Tiefdruckverfahren übergegangen und hierbei auch alle jene Prozesse, die für den Schriftlithographen praktischen Wert haben, einer möglichst eingehenden, erschöpfenden Behandlung unterzogen.

Im weiteren wird dann versucht, den Lithographen in das Gebiet der Merkantillithographie oder kurz gesagt, der Akzidenzausstattung einzuführen. Dann wird der Schriftlithograph auch mit der Anfertigung einer Skizze oder eines Entwurfes für die Ausführung der Akzidenzen vertraut gemacht. Es ist dies eine Arbeit, die für den Schriftlithographen von großer Bedeutung ist und die infolge der nach Hunderten zählenden Varianten von Drucksachen, die alle in das Gebiet der Merkantillithographie gehören, nicht unterschätzt werden darf. Leider gibt es heute viele Lithographen, die vom Wesen des Entwurfs gar nichts verstehen und darum im Berufsleben sehr oft ins Gedränge geraten. Für diese Kollegen wäre allein schon wegen dieser Unterrichtung im Entwurf das Werk sehr zur Anschaffung zu empfehlen. Die einzelne Lieferung des Werkes kostet 1,50 Mk.

Das wären in kurzen Zügen die Aufgaben, die der Merkantillithograph unbedingt zu erfüllen hat, wenn er will, daß der kommende Aufschwung in seinem Fache auch ihm einen Nutzen bringe.

Wie weit der Chromolithograph durch die Einführung neuer Druckverfahren mit einem Umschwunge zu seinem Gunsten zu rechnen hat, darüber sollen in einem besonderen Artikel Betrachtungen angestellt werden.

Der Steindruck.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

Amerikanische Verhältnisse in Deutschland?

Halb mit Erstaunen, halb mit Entrüstung wird jeder Kollege die Reiseberichte im vorigen Jahrgang der »Graph. Presse« über amerikanische Verhältnisse gelesen haben, besonders die Mitteilungen darüber, daß sich dort die Maschinenmeister hauptsächlich aus früheren Hilfsarbeitern rekrutieren.

Nun berichtet der »Allgemeine Anzeiger für Druckereien« in No. 51 über die durch Verhandlungen beigelegte Bewegung in der Firma Hermann Schött A. G. in Rheydt. Auch in der »Gr. Pr.« No. 25 wurde diese Beilegung der Differenzen und die gewährte Zulage bekannt gegeben. Dagegen vermißt man in der Bekanntmachung der »Gr. Pr.« die Wiedergabe einer Abmachung, über die im Druckereianzeiger folgendes zu lesen ist: »Hilfsarbeiter, die mehr als vier Jahre an der Handpresse stehen, werden als Drucker betrachtet.«

Ich glaube nun, daß die Zulage, die die Kollegen erhalten haben, in gar keinem Verhältnis zu den eventuellen, schädlichen Wirkungen einer derartigen Bestimmung für die Gesamtkollegenschaft steht. Denn dadurch ist eine Klausel geschaffen worden, die unserm Verbands schwere Nachteile bringen wird. Ist der dadurch sanktionierte Brauch erst eingerissen, dann wird er auch mehr um sich greifen und sehr schwer auszurufen sein. Selbstverständ-

